



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 20. Mai 2022

Nummer 20

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	117	C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	132
82 Bekanntmachung (Ergänzung) gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	117	85 Bekanntmachung: Geplante Wasserstoffleitung Dorsten – Marl (DoMa) der Open Grid Europe GmbH	132
83 Öffentliche Bekanntmachung über die Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Oberes Dinkelgebiet“	118	86 Bekanntmachung: Geplante Wasserstoffleitung Dorsten – Duisburg-Hamborn (DoHa) der Open Grid Europe GmbH	132
84 Öffentliche Bekanntmachung über die Änderung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Unteres Berkelgebiet“	125		

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

82 Bekanntmachung (Ergänzung) gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Ersatzneubau der Erdgashochdruckleitung Hiltrup-Rinkerode in DN 400

Die Stadtnetze Münster GmbH, Hafenplatz 1, 48155 Münster, beabsichtigt den Ersatzneubau der Erdgashochdruckleitung Hiltrup-Rinkerode in DN 400. Das Vorhaben ist auf dem Gebiet der kreisfreien Stadt Münster und der Stadt Drensteinfurt im Kreis Warendorf lokalisiert.

Für die beschriebene Maßnahme hat die Stadtnetze Münster GmbH mit Schreiben vom 02.02.2021 den Antrag auf Prüfung, ob für das Vorhaben die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, gestellt.

Das beantragte Vorhaben unterfällt der Anlage 1 Ziffer 19.2.3 des UVPG in der zurzeit geltenden Fassung. In Ergänzung zur Bekanntmachung vom 12.03.2021 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster Nr. 12/2021 unter lfd. Nr. 62) wird auf Grundlage einer allgemeinen Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 i. V. m. Anlage 3 UVPG festgestellt, dass für das beabsichtigte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

In Ergänzung zur öffentlichen Bekanntmachung vom 12.03.2021 wird festgestellt, dass insbesondere die Querung des Wasserschutzgebietes Hohe Ward (Zone III) nicht zu einer Änderung der uvp-fachlichen Einschätzung führt. Solange die Verbots- und Genehmigungstatbestände beachtet werden, bestehen keine wasserrechtlichen Bedenken. Eine Verschlechterung der Trinkwasserqualität ist nicht zu besorgen. Auswirkungen aus natur- und artenschutzrechtlicher Sicht sind auch vor dem Hintergrund des Wasserschutzgebietes nicht zu erwarten.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um einen ca. 6,9 km langen Ersatzneubau in DN 400 von Hiltrup nach Rinkerode. Der Ersatzneubau ist dabei in der Trasse der bestehenden B 54, überwiegend im Bereich der Böschung bzw. des angrenzenden Radweges, geplant. Die Leitung wird durchgängig im Spülbohrverfahren verlegt, dazu sind 33 Start-/Zielgruben inkl. sich anschließender temporärer Baustellen und Lagerflächen vorgesehen. Der Standort des Vorhabens ist insgesamt als unkritisch einzuschätzen. Im Einwirkungsbereich des Vorhabens befindet sich das Wasserschutzgebiet Hohe Ward (Zone III), welches als Schutzgut gemäß Anlage 3 Nr. 2.3.8 UVPG besonders zu berücksichtigen ist, dessen Querung jedoch als unbedenklich beurteilt wird. Weitere Schutzgüter nach Anlage 3 Ziffer 2.3 werden nicht berührt.

Gemäß § 7 Abs. 1 S. 3 UVPG besteht für das Vorhaben auch unter Berücksichtigung der Querung des Wasserschutzgebietes (Zone III) keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Münster, den 04.05.2022

Bezirksregierung Münster

Az. 25.05.01.02-13/21

Im Auftrag
gez. Nospickel

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2022 S. 117

83 Öffentliche Bekanntmachung über die Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Oberes Dinkelgebiet“

Bezirksregierung Münster Münster, den 06.05.2022
54.14.04-009/2020.0001 Nevinghoff 22
48147 Münster

I. Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Die Bezirksregierung Münster hat mit Bescheid vom 06.05.2022 folgende Entscheidung getroffen:

„Die vom Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Oberes Dinkelgebiet“ in seiner Sitzung vom 16. Mai 2019 beschlossene Neufassung der Satzung wird gemäß § 58 Abs. 2 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) genehmigt.“

II. Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Oberes Dinkelgebiet“ in der Neufassung vom 16.05.2019

Gemäß § 58 Abs. 2 WVG in der z. Zt. gültigen Fassung, wird die Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Oberes Dinkelgebiet“ vom 10.03.1997 auf Beschluss des Verbandsausschusses vom 19.05.2019 wie folgt geändert:

Satzung
des Wasser- und Bodenverbandes
„Oberes Dinkelgebiet“

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Name, Sitz, Rechtsform
§ 2 Verbandsgebiet
§ 3 Aufgaben
§ 4 Unternehmen, Plan
§ 5 Mitgliedschaft, Mitgliederverzeichnis
§ 6 Verbandsorgane
§ 7 Zusammensetzung und Wahl des Verbandsausschusses
§ 8 Amtszeit der Ausschussmitglieder
§ 9 Zuständigkeit des Verbandsausschusses
§ 10 Sitzung des Verbandsausschusses
§ 11 Beschlussfassung im Verbandsausschuss
§ 12 Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes
§ 13 Amtszeit der Vorstandsmitglieder
§ 14 Aufgaben des Vorstandes
§ 15 Aufgaben des Vorstandsvorstehers
§ 16 Sitzungen des Vorstandes
§ 17 Haushaltsplan
§ 18 Rechnungslegung und Prüfung
§ 19 Entlastung des Vorstandes
§ 20 Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung
§ 21 Benutzen der Grundstücke durch das Unternehmen
§ 22 Verbandsbeiträge, Einnahmen
§ 23 Beitragsverhältnis
§ 24 Ermittlung der Erschwerisse, Vorteile und Verteilung der Lasten
§ 25 Hebeliste
§ 26 Hebung
§ 27 Auskunfts-Verschwiegenheitspflicht
§ 28 Ordnungsrecht
§ 29 Änderung der Satzung
§ 30 Satzungsänderung durch die Aufsichtsbehörde
§ 31 Verbandsschau, Schaubeauftragte
§ 32 Öffentliche Bekanntmachungen

§ 33 Aufsichtsbehörde

§ 34 Informationsrecht der Aufsichtsbehörde

§ 35 Zustimmung zu Geschäften

§ 36 Inkrafttreten

§ 1

Name, Sitz, Rechtsform

- (1) Der Wasser- und Bodenverband führt den Namen Wasser- und Bodenverband „Oberes Dinkelgebiet“.
- (2) Er hat seinen Sitz in 48739 Legden, Kreis Borken.
- (3) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) vom 12.02.1991 (BGBl I S 405) in der jeweils geltenden Fassung. Er dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen des Gesetzes selbst.
- (4) Die Postadresse des Verbandes ist identisch mit der Adresse des Vorstandsvorstehers bzw. der Geschäftsstelle, sofern der Verband eine solche eingerichtet hat.

§ 2

Verbandsgebiet

- (1) Das Verbandsgebiet umfasst das Einzugsgebiet der Dinkel von Station 0,0 an der L 570 bis Station 95 an der Holtwicker Grenze.
- (2) Die Grenze des Verbandsgebietes ergibt sich aus der in der als Anlage zur Satzung beigefügten Übersichtskarte.

§ 3

Aufgaben

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Gewässer 2. Ordnung sowie sonstige Gewässer im Sinne des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG NRW) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit § 39 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der jeweils geltenden Fassung zu unterhalten,
2. Gewässer 2. Ordnung sowie sonstige Gewässer im Sinne des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit § 67 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) in der jeweils geltenden Fassung auszubauen, einschließlich dem naturnahen Rückbau von Gewässern und Anlagen in und an Gewässern auszubauen;
3. Herrichtung, Erhaltung und Pflege von Flächen, Anlagen und Gewässern zum Schutz des Naturhaushaltes sowie des Bodens;
4. verbandseigene Anlagen zu unterhalten und auszubauen.

§ 4

Unternehmen, Plan

- (1) Unternehmen des Verbandes sind alle Maßnahmen, Arbeiten und Ermittlungen, die der Erfüllung seiner Aufgaben an den Gewässern, Grundstücken und Anlagen dienen.
- (2) Der Umfang der Unternehmen ergibt sich aus dem Plan (Beschreibung, Zeichnung, Nachweis, etc.) der jeweiligen Aufgabe.

§ 5

Mitgliedschaft, Mitgliederverzeichnis

- (1) Mitglieder des Verbandes sind:
1. Gruppe A (Erschwerer): Die Eigentümer und Erbbauberechtigten von Grundstücken und Anlagen, die die Unterhaltung über die bloße Beteiligung am natürlichen Abflussvorgang hinaus erschweren.
 2. Gruppe B (Gewässereigentümer und Anlieger): Die Eigentümer, die Erbbauberechtigten und Anlieger der vom Verband zu unterhaltenden sonstigen Gewässer und Ufergrundstücke.
 3. Gruppe C (Gemeinden und Städte als Vertreter von Grundstückseigentümern des oberirdischen Einzugsgebietes der Gemeinden): Die Gemeinden Legden und Schöppingen mit den in der Verbandskarte festgelegten Gemeindegebieten als oberirdisches Einzugsgebiet der zum Verbandsgebiet gehörenden Gewässer.
- (2) Der Vorstandsvorsteher führt ein Mitgliederverzeichnis und schreibt es fort. Das Mitgliederverzeichnis ist nicht Bestandteil der Verbandsatzung.

§ 6

Verbandsorgane

Der Verband hat einen Verbandsausschuss und einen Vorstandsvorstand.

§ 7

Zusammensetzung und Wahl des Verbandsausschusses

- (1) Der Verbandsausschuss hat 10 Mitglieder, die ehrenamtlich tätig sind. Davon entfallen auf
- | | |
|--|---|
| 1. Erschwerer (Gruppe A) | 1 Mitglied |
| 2. Gewässereigentümer und Gewässeranlieger (Gruppe B) | 4 Mitglieder |
| 3. Städte und Gemeinden (Gruppe C)
als Vertreter von Grundstückseigentümern des oberirdischen Einzugsgebietes der Gemeinden | 5 Mitglieder, wovon
4 Mitglieder der Gemeinde Legden
1 Mitglied der Gemeinde Schöppingen angehören. |
- Eine Stellvertretung findet statt, sie ist persönlich und bei der Wahl (Abs. 2) oder Benennung (Abs. 11) festzulegen.
- (2) Die Verbandsmitglieder wählen die Mitglieder des Verbandsausschusses. Jedes Verbandsmitglied hat das Recht an den Sitzungen der Mitgliederversammlung teilzunehmen und mitzustimmen. Die auf die Gruppen A und B entfallenden Mitglieder werden aus deren Mitte gewählt.
- (3) Der Vorstandsvorsteher lädt die wahlberechtigten Verbandsmitglieder der Gruppen A und B durch Bekanntmachung nach § 32 der Satzung mit mindestens einwöchiger Frist zur Ausschusswahl. Ferner ist die Aufsichtsbehörde zu laden. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Bekanntmachung der Einladung hinzuweisen.
- (4) Der Vorstandsvorsteher leitet die Wahl.
- (5) Um das Grundeigentum streitende Personen sowie gemeinsame Eigentümer oder Erbbauberechtigte haben gemeinsam eine Stimme. Sie und die gemeinschaftlichen Grundeigentümer können nur einheitlich stimmen, die an der Wahl Teilnehmenden haben die Stimmenanteile aller.

- (6) Jedes Verbandsmitglied der Gruppen A und B hat das Recht, selbst oder durch seinen von ihm zu bevollmächtigenden Vertreter mitzustimmen.
- (7) Die Wahl erfolgt durch Handzeichen. Auf Antrag eines Mitgliedes erfolgt die Wahl durch geheime Abstimmung.
- (8) Jedes an der Wahl teilnehmende Mitglied hat eine Stimme.
- (9) Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Kommt eine Mehrheit nicht zustande, ist ein zweiter Wahlgang durchzuführen. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsteher zu ziehende Los.
- (10) Über die Wahl ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese ist vom Vorsteher und einem Teilnehmer zu unterschreiben und zur Verbandsakte zu nehmen. Eine Durchschrift erhält die Aufsichtsbehörde.
- (11) Die Ausschussmitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Gruppe C werden von der jeweiligen Stadt oder Gemeinde benannt.

§ 8

Amtszeit der Ausschussmitglieder

- (1) Die Amtszeit des Verbandsausschusses beträgt fünf Jahre. Sie endet am 31. Dezember des fünften Jahres nach der Wahl.
- (2) Ausscheidende Mitglieder bleiben bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder im Amt.
- (3) Scheidet ein Ausschussmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, so tritt sein Stellvertreter für den Rest der Amtszeit an dessen Stelle.
- (4) Scheidet ein Stellvertreter aus, so ist für die Gruppen A und B ein neuer Stellvertreter von der Mitgliederversammlung zu wählen, für die Gruppe C ist er zu benennen. Scheidet ein Ausschussmitglied und dessen Stellvertreter aus den Gruppen A und B aus, ist in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Neuwahl für beide Ämter durchzuführen. Für die Gruppe C erfolgt in diesem Fall eine Neubenennung.

§ 9

Zuständigkeit des Verbandsausschusses

Der Verbandsausschuss ist für alle Angelegenheiten des Wasser- und Bodenverbandes zuständig, soweit in dieser Satzung nicht etwas Anderes bestimmt ist. Dem Ausschuss obliegt insbesondere:

1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter
2. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, des Unternehmens, des Planes oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik
3. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes
4. Wahl der Schaubeauftragten
5. Festsetzung des Haushaltsplanes sowie des Nachtrags- haushaltsplanes, der Veranlagungsrichtlinien und der Hebeliste
6. Aufnahme von Darlehen
7. Festsetzung der Art und der Höhe der zu erhebenden Beiträge
8. Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushalts- planes
9. Entlastung des Vorstandes

10. Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- u Anstellungsverhältnisse, Aufwandsentschädigungen und von Vergütungen für Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern des Verbandsausschusses
11. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband
12. Beratung des Vorstands in allen wichtigen Angelegenheiten
13. Berechtigung einen Wasser- und Bodenverband, welcher Tätigkeiten nach § 2 Nr. 14 WVG ausübt, mit der Durchführung von Aufgaben zu beauftragen
14. Entscheidung über die Durchführung eines Klageverfahrens

§ 10

Sitzung des Verbandsausschusses

- (1) Der Verbandsvorsteher lädt den Verbandsausschuss nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr zur Sitzung ein. Unabhängig hiervon ist auf Antrag von 1/3 der Ausschussmitglieder vom Verbandsvorsteher eine Sitzung einzuberufen.
- (2) Der Verbandsvorsteher lädt den Verbandsausschuss und die Aufsichtsbehörde mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist, in der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (3) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.
- (4) Der Verbandsvorsteher leitet die Sitzung des Verbandsausschusses. Er hat kein Stimmrecht.
- (5) Der Verbandsvorsteher unterrichtet den Vorstand über das Ergebnis der Ausschusssitzung.
- (6) Vorstandsmitglieder dürfen an der Ausschusssitzung teilnehmen. Sie haben Rederecht.
- (7) Wer an der Teilnahme verhindert ist, teilt dies unverzüglich seinem Stellvertreter mit. Der Verbandsvorsteher ist ebenfalls zu benachrichtigen.

§ 11

Beschlussfassung im Verbandsausschuss

- (1) Der Verbandsausschuss fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat nur eine Stimme. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
- (2) Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend und alle form- und fristgerecht geladen wurde. Ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder ist er beschlussfähig, wenn bei erneuter Ladung zur Behandlung desselben Gegenstandes darauf hingewiesen worden ist, dass ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder beschlossen wird. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Ausschussmitglieder zustimmen.
- (3) Die Beschlüsse sind in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Vorsteher und einem Ausschussmitglied zu unterschreiben ist. Eine Durchschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übersenden.

§ 12

Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus einem Verbandsvorsteher, seinem stellvertretenden Verbandsvorsteher, welcher gleichzeitig erstes weiteres Vorstandsmitglied ist und 5 weiteren Vorstandsmitgliedern.
- (2) Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.

- (3) Der Verbandsvorsteher, sein Vertreter und die Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder des Verbandes sein.
- (4) Die Vorstandsmitglieder werden vom Verbandsausschuss gewählt. Für jedes Vorstandsmitglied mit Ausnahme des Verbandsvorstehers und seines Vertreters ist ein Vertreter zu wählen. Die Stellvertretung ist persönlich und bei der Wahl festzulegen. Ausschussmitglieder können nicht zu Vorstandsmitgliedern oder deren Stellvertretern gewählt werden. Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.
- (5) Der Verbandsvorsteher erhält eine jährliche Aufwandsentschädigung, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Das gleiche gilt für den Stellvertreter, wenn und soweit er mit den Geschäften des Verbandes betraut wird.

§ 13

Amtszeit der Vorstandsmitglieder

- (1) Die Vorstandsmitglieder werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Die Amtszeit endet am 31. Dezember des fünften Jahres nach der Wahl.
- (2) Ausscheidende Vorstandsmitglieder bleiben bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder im Amt.
- (3) Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, tritt der für ihn gewählte Vertreter an seine Stelle. Für ihn ist ein neuer Stellvertreter zu wählen.
- (4) Scheidet ein stellvertretendes Vorstandsmitglied aus, ohne dass das von ihm zu vertretende Vorstandsmitglied ausgeschieden ist, ist für ihn ein neuer Stellvertreter zu wählen.

§ 14

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand erledigt alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung der Verbandsausschuss oder der Verbandsvorsteher verpflichtet sind. Dazu gehören insbesondere

1. Aufstellung des jährlichen Unterhaltungsplanes,
2. Aufstellung von Maßnahmenkonzepten und Übersichten gemäß § 74 LWG NRW,
3. Vergabe von Aufträgen bis zu 25.000 € für die Durchführung von Aufgaben gemäß § 3 der Satzung,
4. die Aufstellung des Haushaltsplanes und seiner Nachträge sowie der Jahresrechnung und der Veranlagungsrichtlinien,
5. Festsetzung etwaiger Schadensersatzleistungen.

§ 15

Aufgaben des Verbandsvorstehers

- (1) Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz im Vorstand und im Ausschuss, soweit geltendes Recht nicht eine andere Regelung vorsieht.
- (2) Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform, sie sind nach Maßgabe der für den jeweiligen Fall geltenden Regelung von dem oder den Vertretungsberechtigten zu unterzeichnen. Wird für ein Geschäft ein Bevollmächtigter bestellt, so bedarf die Vollmacht der Form des Satzes Zwei. Ist eine Erklärung abzugeben, ist sie dem Verbandsvorsteher oder dessen Stellvertreter gegenüber auszusprechen. Hat der Verband einen Geschäftsführer, kann sie auch ihm gegenüber abgegeben werden.

- (3) Der Vorstandsvorsteher übt die Dienstaufsicht über die Bediensteten des Verbandes aus, einschließlich ihrer Einstellung und Entlassung. Einstellung und Entlassung bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.
- (4) Alle einfachen Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Ausschusses bzw. des Vorstandes als auf den Vorstandsvorsteher übertragen, soweit nicht der Ausschuss oder der Vorstand sich für einen bestimmten Kreis von Geschäften der laufenden Verwaltung oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.
- (5) Der Vorstandsvorsteher vergibt Aufträge bis zu 12.500 €.
- (6) Der Vorstandsvorsteher unterrichtet den Vorstand laufend und den Ausschuss mindestens einmal im Jahr über seine Geschäfte.
- (7) Der Vorstandsvorsteher beruft nach Bedarf, mindestens aber alle fünf Jahre, eine Mitgliederversammlung ein, um die Verbandsmitglieder über die Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten.

§ 16

Sitzungen des Vorstandes

- (1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. In der Ladung ist darauf hinzuweisen. Zu den Sitzungen ist die Aufsichtsbehörde einzuladen.
- (2) Wer an der Teilnahme verhindert ist, teilt dieses unverzüglich seinem Stellvertreter mit. Der Vorstandsvorsteher ist ebenfalls zu benachrichtigen.
- (3) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.
- (4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind und form- und fristgerecht geladen wurde. Ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vorstandsmitglieder ist er beschlussfähig, wenn zum zweiten Mal wegen desselben Gegenstandes geladen wurde oder wenn bei der Ladung wegen der Dringlichkeit der Entscheidung mitgeteilt worden ist, dass ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vorstandsmitglieder beschlossen werden kann. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Vorstandes zustimmen.
- (5) Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorstandsvorstehers den Ausschlag.
- (6) Über die Sitzung des Vorstandes ist eine Niederschrift zu fertigen, die mindestens enthalten muss
 1. Tag und Ort der Sitzung,
 2. Namen der anwesenden Mitglieder,
 3. Wortlaut der gefassten Beschlüsse,
 4. Eine Durchschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übersenden.

§ 17

Haushaltsplan

- (1) Für alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes ist für jedes Haushaltsjahr ein Haushaltsplan aufzustellen. Bei Bedarf sind auch Nachtragshaushaltspläne aufzustellen. Der Haushaltsplan und seine Nachträge sind der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Der Haushaltsplan bedarf hinsichtlich des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (2) Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.
- (3) Sämtliche Einnahmen des Verbandes dürfen, soweit sie keine andere Zweckbestimmung haben, nur verwendet

werden, um die Ausgaben zu bestreiten und die Verbindlichkeiten abzudecken.

- (4) Nicht planmäßige Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, können, sofern der Verband dazu verpflichtet ist oder wenn durch einen Aufschub erhebliche Nachteile zu befürchten sind, durch den Vorstandsvorsteher angewiesen werden. Die Anweisung ist vom Vorstandsvorsteher und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Der Vorstand stellt für die nicht planmäßigen Ausgaben unverzüglich einen Nachtragshaushalt auf und legt ihn dem Ausschuss zur Beschlussfassung vor. Als Anlage ist dem Haushaltsplan eine Aufstellung über Rücklagen und eine Übersicht über den Schuldenstand des Verbandes beizufügen.

§ 18

Rechnungslegung und Prüfung

- (1) Der Vorstand stellt im ersten Viertel des neuen Haushaltsjahres die Jahresrechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Haushaltsjahres gemäß dem Haushaltsplan auf.
- (2) Die abschließende Prüfung erfolgt durch eine vom Verbandsausschuss zu benennende Prüfstelle. Dies kann über die Revision des Kreises Borken erfolgen.
- (3) Die Prüfstelle ist mit folgender Prüfung zu beauftragen
 - a. Einhaltung des Haushaltsplanes,
 - b. Inhalt und sachliche Begründung der Rechnungsbeträge,
 - c. Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften,
 - d. Einhaltung der Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden
- (4) Die Prüfstelle leitet ihren Prüfbericht dem Vorstandsvorsteher und der Aufsichtsbehörde zu.

§ 19

Entlastung des Vorstandes

Der Vorstandsvorsteher legt die Haushaltsrechnung und den Prüfbericht dem Ausschuss vor. Dieser beschließt über die Entlastung des Vorstandes.

§ 20

Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung

- (1) Ufergrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet und gestaltet werden, dass die Unterhaltung der Verbandsgewässer nicht beeinträchtigt oder unzumutbar erschwert wird.
- (2) Die vom Verband Beauftragten sind jederzeit berechtigt, die im Verbandsgebiet gelegenen Grundstücke zu betreten und zu benutzen, soweit dies für die Durchführung der Verbandsaufgaben erforderlich ist. Das Betreten und Benutzen von gewerblichen Betriebsgrundstücken, Gartengrundstücken und sonstigen mit Einfriedigungen versehenen und verschlossenen Grundstücken ist vorher anzukündigen. Dies gilt nicht für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Entstehen durch das Benutzen der Grundstücke dem Betroffenen unmittelbare Vermögensnachteile, kann er einen Ausgleich verlangen.
- (3) Als Weide genutzte Grundstücke, die an Gewässern liegen, sind einzuzäunen. Der Zaun muss mindestens einen Abstand von 80 cm zur Böschungsoberkante haben. Viehtränken, Übergänge und ähnliche Anlagen sind so zu unterhalten, dass sie das Verbandsunternehmen nicht behindern.
- (4) Der Abstand von Ackerflächen oder sonstigen intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen zum Gewässer muss mindestens 100 cm zur Böschungsoberkante betragen.

- (5) Die Anlieger haben zu dulden, dass die Ufer bepflanzt werden. Sie sind hierzu vorher anzuhören. Bepflanzungen durch die Anlieger sind nur in Abstimmung mit dem Verband zulässig. Die Aufsichtsbehörde ist über die geplanten Maßnahmen zu informieren.
- (6) Die Eigentümer der Anlegergrundstücke sind verpflichtet, das oberhalb der Böschung abgelagerte Raumgut zu verwerten, zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen.
- (7) Das Raumgut ist bis zum 15. November eines jeden Jahres zu beseitigen. Der Vorstandsvorsteher kann im Einzelfall die Frist verlängern.
- (8) Der Verbandsausschuss kann Sonderregelungen bezüglich der Raumgutbeseitigung beschließen.
- (9) Die Inhaber von Rechten und Befugnissen haben zu dulden, dass die Ausübung vorübergehend behindert oder unterbrochen wird, soweit es zur Durchführung des Verbandsunternehmens erforderlich ist.
- (10) Kommt ein Pflichtiger den genannten Verpflichtungen nicht nach, ist der Vorstand nach vorheriger Fristsetzung zur Erledigung der Arbeiten berechtigt, die Arbeiten ausführen zu lassen. Die dem Verband hierdurch entstehenden Mehrkosten trägt der Säumige.

§ 21

Benutzen der Grundstücke durch das Unternehmen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten des Gewässers und seine Anlieger haben die zur Durchführung des Verbandsunternehmens erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen am Gewässer und auf den Ufergrundstücken zu dulden. Insbesondere haben sie zu dulden, dass der Verband oder deren Beauftragte die Grundstücke betreten oder vorübergehend benutzen.
- (2) Die Anlieger und Hinterlieger haben das Einebnen des Aushubs auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit dadurch die bisherige Nutzung nicht dauernd beeinträchtigt wird.
- (3) Die Inanspruchnahme der Grundstücke und die Lagerung des Aushubs haben, wenn die Verhältnisse es ohne wesentlichen Mehraufwand gestatten, unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit für die Eigentümer wechselnd rechts- und linksseitig des Gewässers zu erfolgen.

§ 22

Verbandsbeiträge, Einnahmen

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.
- (2) Die Beiträge bestehen aus Geldleistungen (Geldbeiträge) und Sachleistungen (Sachbeiträgen).
- (3) Einnahmen des Verbandes sind auch Leistungen Dritter und Fördermittel.
- (4) Die Beiträge werden getrennt für Unterhaltungs-, Ausbau- und sonstige Maßnahmen erhoben.

§ 23

Beitragsverhältnis

- (1) Die Aufwendungen des Verbandes für die Gewässerunterhaltung werden auf die beitragspflichtigen Mitglieder umgelegt.
- (2) Der Beitrag der Gruppe A wird auf die einzelnen Erschwerer nach dem Maße der Erschwerung für die Gewässerunterhaltung umgelegt.
- (3) Die nach Abzug der Beiträge gemäß Abs. 2 verbleibenden Aufwendungen für die Gewässerunterhaltung werden auf die Mitglieder der Gruppe C umgelegt.

- (4) Der Beitrag der Gruppe B für die Gewässerunterhaltung besteht aus einer Sachleistung in Form der Räumgutbeseitigung entsprechend der Verpflichtung nach § 20 Abs. 6.
- (5) Der Beitrag der Gruppe C für die Gewässerunterhaltung wird auf die einzelnen Städte und Gemeinden nach dem Verhältnis der Flächeninhalte der Grundstücke im seitlichen Einzugsgebiet der vom Verband zu unterhaltenden Gewässer aufgeteilt.
- (6) Aufwendungen des Verbandes für Gewässerbaumaßnahmen werden entsprechend der Bestimmungen des LWG NRW in der jeweils geltenden Fassung umgelegt.

§ 24

Ermittlung der Erschwernisse, Vorteile und Verteilung der Lasten

Für die Verteilung der Verbandslasten und die Berechnung der Verbandsbeiträge sind vom Vorstand Veranlagungsrichtlinien zu erstellen, in denen die Einzelheiten zur Ermittlung der Beiträge bestimmt werden. Die erstellten Richtlinien sind vom Ausschuss zu beschließen.

§ 25

Hebeliste

- (1) Der Vorstandsvorsteher stellt im Einvernehmen mit dem Vorstand die Beiträge, die die Mitglieder nach dem Haushaltsplan oder nach den Verpflichtungen des Verbandes aufzubringen haben, nach dem Beitragsverhältnis und den Veranlagungsrichtlinien in einer Hebeliste fest.
- (2) Die Hebeliste ist durch den Verbandsausschuss zu beschließen.
- (3) Die Hebeliste kann auf Verlangen an einer vom Vorstandsvorstand zu benennenden Stelle eingesehen werden.

§ 26

Hebung

- (1) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des für ihn geltenden Beitragsmaßstabes durch einen Beitragsbescheid. Im Beitragsbescheid sind anzugeben
 - a. der geschuldete Betrag,
 - b. der Beitragsmaßstab,
 - c. die Bankverbindung des Zahlungsempfängers,
 - d. die Fälligkeit
- (2) Gegen den Beitragsbescheid kann innerhalb eines Monats nach Zugang Klage vor dem zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden. Das zuständige Gericht ist in der Rechtsbehelfsbelehrung zu benennen.
- (3) Für nicht rechtzeitig geleistete Beitragszahlungen können Säumniszuschläge erhoben werden.
- (4) Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Wenn sie Erfolg hat, sorgt der Vorstandsvorsteher für den nachträglichen Ausgleich.

§ 27

Auskunfts-/Verschwiegenheitspflicht

- (1) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband auf Verlangen Auskünfte, die für die Beurteilung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten erheblich sind, zu erteilen.
- (2) Vorstandsmitglieder, Mitglieder des Verbandsausschusses und andere Personen, die über die Verbandsgeschäfte informiert sind, haben über die ihnen bekanntwerdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Stillschweigen zu bewahren. Im Übrigen bleiben die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes über die Verschwiegenheit unberührt.

§ 28

Ordnungsrecht

- (1) Die Mitglieder des Verbandes und die Besitzer der zum Verband gehörenden Grundstücke und Anlagen, haben die auf Gesetz und Satzung beruhende Anordnung zur Durchführung des Verbandsunternehmens zu befolgen.
- (2) Kommt das Verbandsmitglied den Anordnungen nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, so ist der Verbandsvorsteher zu Ersatzvornahmen oder zur Verhängung eines Zwangsgeldes berechtigt. Das Verwaltungsverfahrensgesetz und das Verwaltungsvollstreckungsgesetz finden Anwendung.

§ 29

Änderung der Satzung

- (1) Zuständig für Beschlüsse über Änderungen der Satzung ist der Verbandsausschuss.
- (2) Für Beschlüsse zur Änderung der Satzung ist die Mehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich.
- (3) Die Änderung der Aufgabe des Verbandes bedarf einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmen.
- (4) Die Änderung der Satzung bedarf einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Sie ist von der Aufsichtsbehörde öffentlich bekanntzumachen.

§ 30

Satzungsänderung durch die Aufsichtsbehörde

Die Aufsichtsbehörde kann die Änderung der Satzung fordern. Kommt der Verband dieser Forderung innerhalb einer bestimmten Frist nicht nach, kann die Aufsichtsbehörde die Satzung ändern.

§ 31

Verbandsschau, Schaubeauftrage

- (1) Die Verbandsgewässer und sonstige zum Verbandsunternehmen gehörende Anlagen sind, soweit erforderlich, einmal im Jahr zu schauen.
- (2) Die Verbandsschau wird durch Beauftragte des Verbandes (Schaubeauftragte) durchgeführt.
- (3) Der Verbandsvorsteher bestimmt Zeit und Ort der Verbandsschau. Die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde sowie die Städte und Gemeinden mit Gebietsanteilen am Verbandsgebiet sind mit zweiwöchiger Frist zu laden. Der Verbandsvorsteher kann weitere Personen zulassen.
- (4) Das Ergebnis der Verbandsschau ist in einer Niederschrift festzuhalten. Diese ist vom Verbandsvorsteher und einem Schaubeauftragten zu unterzeichnen und der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu geben.
- (5) Die Verbandsschau kann entfallen, wenn die Aufsichtsbehörde eine Schau der Gewässer durchführt. In diesem Fall sind die Termine für die Schau zwei Wochen vorher durch die Aufsichtsbehörde öffentlich bekanntzumachen. Der Vertreter der Aufsichtsbehörde hält das Ergebnis der Schau in einer Niederschrift fest. Diese gilt auch als Niederschrift der Verbandsschau.
- (6) In Absprache mit der Aufsichtsbehörde veranlasst der Verbandsvorsteher die Beseitigung der festgestellten Mängel.

§ 32

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Die Bekanntmachungen des Verbandes sind unter Angabe der Bezeichnung des Verbandes vom Verbandsvorsteher oder dessen Stellvertreter zu unterzeichnen. Bekanntgemacht wird in ortsüblicher Weise in den Gemeinden, in deren Gebiet zum Verband gehörende Grundstücke liegen.

- (2) Für die Bekanntmachung längerer Urkunden genügt die Bekanntmachung des Ortes, an dem die Urkunden eingesehen werden können.
- (3) Erschwerer, die außerhalb der zum Verband gehörenden Städten und Gemeinden wohnen, können schriftlich informiert werden.

§ 33

Aufsichtsbehörde

Der Verband unterliegt der Rechtsaufsicht durch die Bezirksregierung Münster.

§ 34

Informationsrecht der Aufsichtsbehörde

- (1) Die Aufsichtsbehörde ist auf Verlangen über die Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten. Ihr ist Einblick in die Unterlagen des Verbandes zu gewähren.
- (2) Die Aufsichtsbehörde ist unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen der Verbandsorgane einzuladen. Ihrem Vertreter ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

§ 35

Zustimmung zu Geschäften

- (1) Für die folgenden Geschäfte ist die Zustimmung der Aufsichtsbehörde erforderlich
 1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
 2. zur Aufnahme von Darlehen, die über x € hinausgehen,
 3. zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
 4. zu Rechtsgeschäften mit einem Vorstandsmitglied einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen
- (2) Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem der in Abs. 1 genannten Geschäfte wirtschaftlich gleichkommen.
- (3) Zur Aufnahme von Kassenkrediten genügt die allgemeine Zustimmung mit Begrenzung auf einen Höchstbetrag.
- (4) Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der schriftlichen Anzeige des Verbandes ihre Zustimmung versagt. Die Frist kann in Einzelfällen um einen Monat verlängert werden.

§ 36

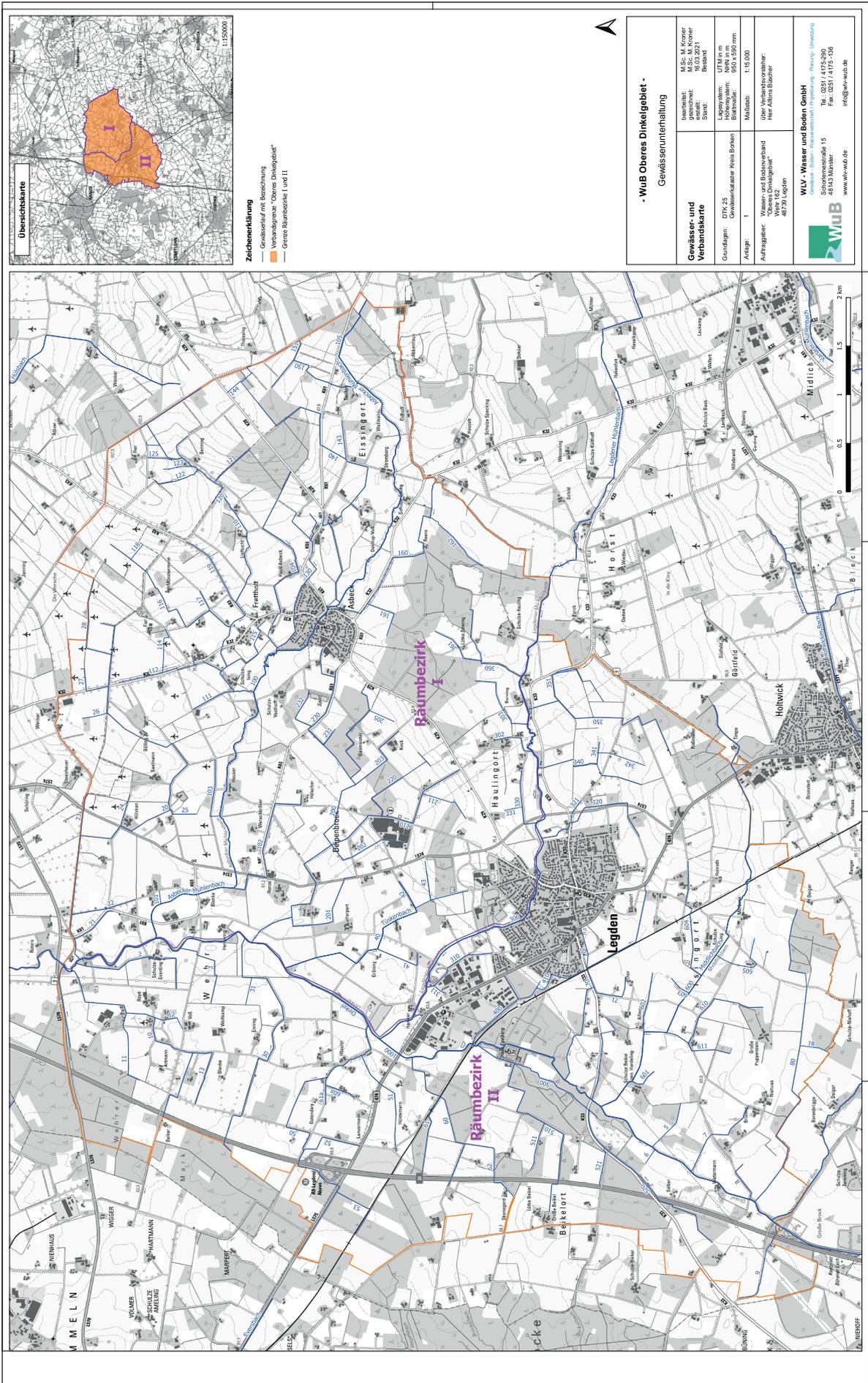
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 10.03.1997 außer Kraft.

Die vom Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Oberes Dinkelgebiet“ in seiner Sitzung am 16. Mai 2019 beschlossene Satzung wird gemäß § 58 Wasserverbandsgesetz vom 12.02.1991 (BGBl I S 405) in der jeweils geltenden Fassung aufsichtsbehördlich genehmigt und hiermit gemäß §§ 58 und 67 WVG öffentlich bekanntgemacht.

Münster, den 06.05.2022

Bezirksregierung Münster
 Obere Verbandsaufsicht
 Im Auftrag
 Gez. Brackmann



1. Gruppe A (Erschwerer): Die Eigentümer und Erbbauberechtigten von Grundstücken und Anlagen, die die Unterhaltung über die bloße Beteiligung am natürlichen Abflussvorgang hinaus erschweren.
 2. Gruppe B (Gewässereigentümer und Anlieger): Die Eigentümer, die Erbbauberechtigten und Anlieger der vom Verband zu unterhaltenden sonstigen Gewässer und Ufergrundstücke.
 3. Gruppe C (Städte und Gemeinden als Vertreter von Grundstückseigentümern des oberirdischen Einzugsgebietes der Städte/Gemeinden): Die Städte Vreden und Ahaus mit den in der Verbandskarte festgelegten Gemeindegebieten als oberirdisches Einzugsgebiet der zum Verbandsgebiet gehörenden Gewässer.
- (2) Der Verbandsvorsteher führt ein Mitgliederverzeichnis und schreibt es fort. Das Mitgliederverzeichnis ist nicht Bestandteil der Verbandsatzung.

§ 6

Verbandsorgane

Der Verband hat einen Verbandsausschuss und einen Verbandsvorstand.

§ 7

Zusammensetzung und Wahl des Verbandsausschusses

- (1) Der Verbandsausschuss hat 14 Mitglieder, die ehrenamtlich tätig sind. Davon entfallen auf:
- | | |
|---|---|
| 1. Erschwerer (Gruppe A) | 1 Mitglied/er |
| 2. Gewässereigentümer und Gewässeranlieger (Gruppe B) | 7 Mitglieder |
| 3. Städte und Gemeinden (Gruppe C)
als Vertreter von Grundstückseigentümern
des oberirdischen Einzugsgebietes der
Städte/Gemeinden | 6 Mitglieder, wovon
5 Mitglieder der Stadt Vreden
1 Mitglied der Stadt Ahaus,
angehören. |

Eine Stellvertretung findet statt, sie ist persönlich und bei der Wahl (Abs. 2) oder Benennung (Abs. 11) festzulegen.

- (2) Die Verbandsmitglieder wählen die Mitglieder des Verbandsausschusses. Jedes Verbandsmitglied hat das Recht an den Sitzungen der Mitgliederversammlung teilzunehmen und mitzustimmen. Die auf die Gruppen A und B entfallenden Mitglieder werden aus deren Mitte gewählt.
- (3) Der Vorsteher lädt die wahlberechtigten Verbandsmitglieder der Gruppen A und B durch Bekanntmachung nach § 32 der Satzung mit mindestens einwöchiger Frist zur Ausschusswahl. Ferner ist die Aufsichtsbehörde zu laden. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Bekanntmachung der Einladung hinzuweisen.
- (4) Der Verbandsvorsteher leitet die Wahl.
- (5) Um das Grundeigentum streitende Personen sowie gemeinsame Eigentümer oder Erbbauberechtigte haben gemeinsam eine Stimme. Sie und die gemeinschaftlichen Grundeigentümer können nur einheitlich stimmen, die an der Wahl Teilnehmenden haben die Stimmenanteile aller.
- (6) Jedes Verbandsmitglied der Gruppen A und B hat das Recht, selbst oder durch seinen von ihm zu bevollmächtigenden Vertreter mitzustimmen.
- (7) Die Wahl erfolgt durch Handzeichen. Auf Antrag eines Mitgliedes erfolgt die Wahl durch geheime Abstimmung.

mung.

- (8) Jedes an der Wahl teilnehmende Mitglied hat eine Stimme.
- (9) Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Kommt eine Mehrheit nicht zustande, ist ein zweiter Wahlgang durchzuführen. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsteher zu ziehende Los.
- (10) Über die Wahl ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese ist vom Vorsteher und einem Teilnehmer zu unterschreiben und zur Verbandsakte zu nehmen. Eine Durchschrift erhält die Aufsichtsbehörde.
- (11) Die Ausschussmitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Gruppe C werden von der jeweiligen Stadt oder Gemeinde benannt.

§ 8

Amtszeit der Ausschussmitglieder

- (1) Die Amtszeit des Verbandsausschusses beträgt fünf Jahre. Sie endet am 31. Dezember des fünften Jahres nach der Wahl.
- (2) Ausscheidende Mitglieder bleiben bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder im Amt.
- (3) Scheidet ein Ausschussmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, so tritt sein Stellvertreter für den Rest der Amtszeit an dessen Stelle.
- (4) Scheidet ein Stellvertreter aus, so ist für die Gruppen A und B ein neuer Stellvertreter von der Mitgliederversammlung zu wählen, für die Gruppe C ist er zu benennen. Scheidet ein Ausschussmitglied und dessen Stellvertreter aus den Gruppen A und B aus, ist in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Neuwahl für beide Ämter durchzuführen. Für die Gruppe C erfolgt in diesem Fall eine Neubenennung.

§ 9

Zuständigkeit des Verbandsausschusses

Der Verbandsausschuss ist für alle Angelegenheiten des Wasser- und Bodenverbandes zuständig, soweit in dieser Satzung nicht etwas Anderes bestimmt ist. Dem Ausschuss obliegt insbesondere:

1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter
2. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, des Unternehmens, des Planes oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik
3. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes
4. Wahl der Schaubeauftragten
5. Festsetzung des Haushaltsplanes sowie des Nachtrags- haushaltsplanes, der Veranlagungsrichtlinien und der Hebeliste
6. Aufnahme von Darlehen
7. Festsetzung der Art und der Höhe der zu erhebenden Beiträge
8. Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes
9. Entlastung des Vorstandes
10. Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- u Anstellungsverhältnisse, Aufwandsentschädigungen und von Vergütungen für Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern des Verbandsausschusses
11. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband

12. Beratung des Vorstands in allen wichtigen Angelegenheiten
13. Berechtigung einen Wasser- und Bodenverband, welcher Tätigkeiten nach § 2 Nr. 14 WVG ausübt, mit der Durchführung von Aufgaben zu beauftragen
14. Entscheidung über die Durchführung eines Klageverfahrens

§ 10

Sitzung des Verbandsausschusses

- (1) Der Verbandsvorsteher lädt den Verbandsausschuss nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr zur Sitzung ein. Unabhängig hiervon ist auf Antrag von 1/3 der Ausschussmitglieder vom Verbandsvorsteher eine Sitzung einzuberufen.
- (2) Der Verbandsvorsteher lädt den Verbandsausschuss und die Aufsichtsbehörde mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist, in der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (3) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.
- (4) Der Verbandsvorsteher leitet die Sitzung des Verbandsausschusses. Er hat kein Stimmrecht.
- (5) Der Verbandsvorsteher unterrichtet den Vorstand über das Ergebnis der Ausschusssitzung.
- (6) Vorstandsmitglieder dürfen an der Ausschusssitzung teilnehmen. Sie haben Rederecht.
- (7) Wer an der Teilnahme verhindert ist, teilt dies unverzüglich seinem Stellvertreter mit. Der Verbandsvorsteher ist ebenfalls zu benachrichtigen.

§ 11

Beschlussfassung im Verbandsausschuss

- (1) Der Verbandsausschuss fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat nur eine Stimme. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
- (2) Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend und alle form- und fristgerecht geladen wurde. Ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder ist er beschlussfähig, wenn bei erneuter Ladung zur Behandlung desselben Gegenstandes darauf hingewiesen worden ist, dass ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder beschlossen wird. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Ausschussmitglieder zustimmen.
- (3) Die Beschlüsse sind in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Vorsteher und einem Ausschussmitglied zu unterschreiben ist. Eine Durchschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übersenden.

§ 12

Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus einem Verbandsvorsteher, seinem stellvertretenden Verbandsvorsteher, welcher gleichzeitig erstes weiteres Vorstandsmitglied ist und 5 weiteren Vorstandsmitgliedern.
- (2) Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.
- (3) Der Verbandsvorsteher, sein Vertreter und die Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder des Verbandes sein.
- (4) Die Vorstandsmitglieder werden vom Verbandsausschuss gewählt. Für jedes Vorstandsmitglied mit Ausnahme des Verbandsvorstehers und seines Vertreters ist ein Vertreter zu wählen. Die Stellvertretung ist persönlich und bei der Wahl festzulegen. Ausschussmitglieder

können nicht zu Vorstandsmitgliedern oder deren Stellvertretern gewählt werden. Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

- (5) Der Verbandsvorsteher erhält eine jährliche Aufwandsentschädigung, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Das gleiche gilt für den Stellvertreter, wenn und soweit er mit den Geschäften des Verbandes betraut wird.

§ 13

Amtszeit der Vorstandsmitglieder

- (1) Die Vorstandsmitglieder werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Die Amtszeit endet am 31. Dezember des fünften Jahres nach der Wahl.
- (2) Ausscheidende Vorstandsmitglieder bleiben bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder im Amt.
- (3) Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, tritt der für ihn gewählte Vertreter an seine Stelle. Für ihn ist ein neuer Stellvertreter zu wählen.
- (4) Scheidet ein stellvertretendes Vorstandsmitglied aus, ohne dass das von ihm zu vertretende Vorstandsmitglied ausgeschieden ist, ist für ihn ein neuer Stellvertreter zu wählen.

§ 14

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand erledigt alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung der Verbandsausschuss oder der Verbandsvorsteher verpflichtet sind. Dazu gehören insbesondere

1. Aufstellung des jährlichen Unterhaltungsplanes,
2. Aufstellung von Maßnahmenkonzepten und Übersichten gemäß § 74 LWG NRW,
3. Vergabe von Aufträgen bis zu 25.000 € für die Durchführung von Aufgaben gemäß § 3 der Satzung,
4. die Aufstellung des Haushaltsplanes und seiner Nachträge sowie der Jahresrechnung und der Veranlagungsrichtlinien,
5. Festsetzung etwaiger Schadensersatzleistungen.

§ 15

Aufgaben des Verbandsvorstehers

- (1) Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz im Vorstand und im Ausschuss, soweit geltendes Recht nicht eine andere Regelung vorsieht.
- (2) Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform, sie sind nach Maßgabe der für den jeweiligen Fall geltenden Regelung von dem oder den Vertretungsberechtigten zu unterzeichnen. Wird für ein Geschäft ein Bevollmächtigter bestellt, so bedarf die Vollmacht der Form des Satzes Zwei. Ist eine Erklärung abzugeben, ist sie dem Verbandsvorsteher oder dessen Stellvertreter gegenüber auszusprechen. Hat der Verband einen Geschäftsführer, kann sie auch ihm gegenüber abgegeben werden.
- (3) Der Verbandsvorsteher übt die Dienstaufsicht über die Bediensteten des Verbandes aus, einschließlich ihrer Einstellung und Entlassung. Einstellung und Entlassung bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.
- (4) Alle einfachen Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Ausschusses bzw. des Vorstandes als auf den Verbandsvorsteher übertragen, soweit nicht der Ausschuss oder der Vorstand sich für einen bestimmten

Kreis von Geschäften der laufenden Verwaltung oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.

- (5) Der Vorstandsvorsteher vergibt Aufträge bis zu 12.500 €.
- (6) Der Vorstandsvorsteher unterrichtet den Vorstand laufend und den Ausschuss mindestens einmal im Jahr über seine Geschäfte.
- (7) Der Vorstandsvorsteher beruft nach Bedarf, mindestens aber alle fünf Jahre, eine Mitgliederversammlung ein, um die Verbandsmitglieder über die Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten.

§ 16

Sitzungen des Vorstandes

- (1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Verbandsmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. In der Ladung ist darauf hinzuweisen. Zu den Sitzungen ist die Aufsichtsbehörde einzuladen.
- (2) Wer an der Teilnahme verhindert ist, teilt dieses unverzüglich seinem Stellvertreter mit. Der Vorstandsvorsteher ist ebenfalls zu benachrichtigen.
- (3) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.
- (4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind und form- und fristgerecht geladen wurde. Ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Verbandsmitglieder ist er beschlussfähig, wenn zum zweiten Mal wegen desselben Gegenstandes geladen wurde oder wenn bei der Ladung wegen der Dringlichkeit der Entscheidung mitgeteilt worden ist, dass ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Verbandsmitglieder beschlossen werden kann. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Vorstandes zustimmen.
- (5) Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorstandsvorstehers den Ausschlag.
- (6) Über die Sitzung des Vorstandes ist eine Niederschrift zu fertigen, die mindestens enthalten muss
 1. Tag und Ort der Sitzung,
 2. Namen der anwesenden Mitglieder,
 3. Wortlaut der gefassten Beschlüsse,
 4. Eine Durchschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übersenden.

§ 17

Haushaltsplan

- (1) Für alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes ist für jedes Haushaltsjahr ein Haushaltsplan aufzustellen. Bei Bedarf sind auch Nachtragshaushaltspläne aufzustellen. Der Haushaltsplan und seine Nachträge sind der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Der Haushaltsplan bedarf hinsichtlich des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (2) Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.
- (3) Sämtliche Einnahmen des Verbandes dürfen, soweit sie keine andere Zweckbestimmung haben, nur verwendet werden, um die Ausgaben zu bestreiten und die Verbindlichkeiten abzudecken.
- (4) Nicht planmäßige Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, können, sofern der Verband dazu verpflichtet ist oder wenn durch einen Aufschub erhebliche Nachteile zu befürchten sind, durch den Vorstandsvorsteher angewiesen werden. Die An-

weisung ist vom Vorstandsvorsteher und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Der Vorstand stellt für die nicht planmäßigen Ausgaben unverzüglich einen Nachtragshaushalt auf und legt ihn dem Ausschuss zur Beschlussfassung vor. Als Anlage ist dem Haushaltsplan eine Aufstellung über Rücklagen und eine Übersicht über den Schuldenstand des Verbandes beizufügen.

§ 18

Rechnungslegung und Prüfung

- (1) Der Vorstand stellt im ersten Viertel des neuen Haushaltsjahres die Jahresrechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Haushaltsjahres gemäß dem Haushaltsplan auf.
- (2) Die abschließende Prüfung erfolgt durch eine vom Verbandsausschuss zu benennende Prüfstelle. Dies kann über die Revision des Kreises Borken erfolgen.
- (3) Die Prüfstelle ist mit folgender Prüfung zu beauftragen
 - a. Einhaltung des Haushaltsplanes,
 - b. Inhalt und sachliche Begründung der Rechnungsbeträge,
 - c. Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften,
 - d. Einhaltung der Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden
- (4) Die Prüfstelle leitet ihren Prüfbericht dem Vorstandsvorsteher und der Aufsichtsbehörde zu.

§ 19

Entlastung des Vorstandes

Der Vorstandsvorsteher legt die Haushaltsrechnung und den Prüfbericht dem Ausschuss vor. Dieser beschließt über die Entlastung des Vorstandes.

§ 20

Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung

- (1) Ufergrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet und gestaltet werden, dass die Unterhaltung der Verbandsgewässer nicht beeinträchtigt oder unzumutbar erschwert wird.
- (2) Die vom Verband Beauftragten sind jederzeit berechtigt, die im Verbandsgebiet gelegenen Grundstücke zu betreten und zu benutzen, soweit dies für die Durchführung der Verbandsaufgaben erforderlich ist. Das Betreten und Benutzen von gewerblichen Betriebsgrundstücken, Gartengrundstücken und sonstigen mit Einfriedigungen versehenen und verschlossenen Grundstücken ist vorher anzukündigen. Dies gilt nicht für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Entstehen durch das Benutzen der Grundstücke dem Betroffenen unmittelbare Vermögensnachteile, kann er einen Ausgleich verlangen.
- (3) Als Weide genutzte Grundstücke, die an Gewässern liegen, sind einzuzäunen. Der Zaun muss mindestens einen Abstand von 80 cm zur Böschungsoberkante haben. Viehtränken, Übergänge und ähnliche Anlagen sind so zu unterhalten, dass sie das Verbandsunternehmen nicht behindern.
- (4) Der Abstand von Ackerflächen oder sonstigen intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen zum Gewässer muss mindestens 100 cm zur Böschungsoberkante betragen.
- (5) Die Anlieger haben zu dulden, dass die Ufer bepflanzt werden. Sie sind hierzu vorher anzuhören. Bepflanzungen durch die Anlieger sind nur in Abstimmung mit dem Verband zulässig. Die Aufsichtsbehörde ist über die geplanten Maßnahmen zu informieren.

- (6) Die Eigentümer der Anlegergrundstücke sind verpflichtet, das oberhalb der Böschung abgelagerte Raumgut zu verwerten, zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen.
- (7) Das Raumgut ist bis zum 15. November eines jeden Jahres zu beseitigen. Der Verbandsvorsteher kann im Einzelfall die Frist verlängern.
- (8) Der Verbandsausschuss kann Sonderregelungen bezüglich der Raumgutbeseitigung beschließen.
- (9) Die Inhaber von Rechten und Befugnissen haben zu dulden, dass die Ausübung vorübergehend behindert oder unterbrochen wird, soweit es zur Durchführung des Verbandsunternehmens erforderlich ist.
- (10) Kommt ein Pflichtiger den genannten Verpflichtungen nicht nach, ist der Vorstand nach vorheriger Fristsetzung zur Erledigung der Arbeiten berechtigt, die Arbeiten ausführen zu lassen. Die dem Verband hierdurch entstehenden Mehrkosten trägt der Säumige.

§ 21

Benutzen der Grundstücke durch das Unternehmen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten des Gewässers und seine Anlieger haben die zur Durchführung des Verbandsunternehmens erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen am Gewässer und auf den Ufergrundstücken zu dulden. Insbesondere haben sie zu dulden, dass der Verband oder deren Beauftragte die Grundstücke betreten oder vorübergehend benutzen.
- (2) Die Anlieger und Hinterlieger haben das Einebnen des Aushubs auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit dadurch die bisherige Nutzung nicht dauernd beeinträchtigt wird.
- (3) Die Inanspruchnahme der Grundstücke und die Lagerung des Aushubs haben, wenn die Verhältnisse es ohne wesentlichen Mehraufwand gestatten, unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit für die Eigentümer wechselnd rechts- und linksseitig des Gewässers zu erfolgen.

§ 22

Verbandsbeiträge, Einnahmen

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.
- (2) Die Beiträge bestehen aus Geldleistungen (Geldbeiträge) und Sachleistungen (Sachbeiträgen).
- (3) Einnahmen des Verbandes sind auch Leistungen Dritter und Fördermittel.
- (4) Die Beiträge werden getrennt für Unterhaltungs-, Ausbau- und sonstige Maßnahmen erhoben.

§ 23

Beitragsverhältnis

- (1) Die Aufwendungen des Verbandes für die Gewässerunterhaltung werden auf die beitragspflichtigen Mitglieder umgelegt.
- (2) Der Beitrag der Gruppe A wird auf die einzelnen Erschwerer nach dem Maße der Erschwerung für die Gewässerunterhaltung umgelegt.
- (3) Die nach Abzug der Beiträge gemäß Abs. 2 verbleibenden Aufwendungen für die Gewässerunterhaltung werden auf die Mitglieder der Gruppe C umgelegt.
- (4) Der Beitrag der Gruppe B für die Gewässerunterhaltung besteht aus einer Sachleistung in Form der Räumgutbeseitigung entsprechend der Verpflichtung nach § 20 Abs. 6.

- 5) Der Beitrag der Gruppe C für die Gewässerunterhaltung wird auf die einzelnen Städte und Gemeinden nach dem Verhältnis der Flächeninhalte der Grundstücke im seitlichen Einzugsgebiet der vom Verband zu unterhaltenden Gewässer aufgeteilt.

- (6) Aufwendungen des Verbandes für Gewässerausbaumaßnahmen werden entsprechend der Bestimmungen des LWG NRW in der jeweils geltenden Fassung umgelegt.

§ 24

Ermittlung der Erschwerisse, Vorteile und Verteilung der Lasten

Für die Verteilung der Verbandslasten und die Berechnung der Verbandsbeiträge sind vom Vorstand Veranlagungsrichtlinien zu erstellen, in denen die Einzelheiten zur Ermittlung der Beiträge bestimmt werden. Die erstellten Richtlinien sind vom Ausschuss zu beschließen.

§ 25

Hebeliste

- (1) Der Verbandsvorsteher stellt im Einvernehmen mit dem Vorstand die Beiträge, die die Mitglieder nach dem Haushaltsplan oder nach den Verpflichtungen des Verbandes aufzubringen haben, nach dem Beitragsverhältnis und den Veranlagungsrichtlinien in einer Hebeliste fest.
- (2) Die Hebeliste ist durch den Verbandsausschuss zu beschließen.
- (3) Die Hebeliste kann auf Verlangen an einer vom Verbandsvorstand zu benennenden Stelle eingesehen werden.

§ 26

Hebung

- (1) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des für ihn geltenden Beitragsmaßstabes durch einen Beitragsbescheid. Im Beitragsbescheid sind anzugeben
 - a. der geschuldete Betrag,
 - b. der Beitragsmaßstab,
 - c. die Bankverbindung des Zahlungsempfängers,
 - d. die Fälligkeit
- (2) Gegen den Beitragsbescheid kann innerhalb eines Monats nach Zugang Klage vor dem zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden. Das zuständige Gericht ist in der Rechtsbehelfsbelehrung zu benennen.
- (3) Für nicht rechtzeitig geleistete Beitragszahlungen können Säumniszuschläge erhoben werden.
- (4) Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Wenn sie Erfolg hat, sorgt der Verbandsvorsteher für den nachträglichen Ausgleich.

§ 27

Auskunfts-/Verschwiegenheitspflicht

- (1) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband auf Verlangen Auskünfte, die für die Beurteilung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten erheblich sind, zu erteilen.
- (2) Vorstandsmitglieder, Mitglieder des Verbandsausschusses und andere Personen, die über die Verbandsgeschäfte informiert sind, haben über die ihnen bekanntwerdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Stillschweigen zu bewahren. Im Übrigen bleiben die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes über die Verschwiegenheit unberührt.

§ 28 Ordnungsrecht

- (1) Die Mitglieder des Verbandes und die Besitzer der zum Verband gehörenden Grundstücke und Anlagen, haben die auf Gesetz und Satzung beruhende Anordnung zur Durchführung des Verbandsunternehmens zu befolgen.
- (2) Kommt das Verbandsmitglied den Anordnungen nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, so ist der Verbandsvorsteher zu Ersatzvornahmen oder zur Verhängung eines Zwangsgeldes berechtigt. Das Verwaltungsverfahrensgesetz und das Verwaltungsvollstreckungsgesetz finden Anwendung.

§ 29 Änderung der Satzung

- (1) Zuständig für Beschlüsse über Änderungen der Satzung ist der Verbandsausschuss.
- (2) Für Beschlüsse zur Änderung der Satzung ist die Mehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich.
- (3) Die Änderung der Aufgabe des Verbandes bedarf einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmen.
- (4) Die Änderung der Satzung bedarf einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Sie ist von der Aufsichtsbehörde öffentlich bekanntzumachen.

§ 30 Satzungsänderung durch die Aufsichtsbehörde

Die Aufsichtsbehörde kann die Änderung der Satzung fordern. Kommt der Verband dieser Forderung innerhalb einer bestimmten Frist nicht nach, kann die Aufsichtsbehörde die Satzung ändern.

§ 31 Verbandsschau, Schaubeauftragte

- (1) Die Verbandsgewässer und sonstige zum Verbandsunternehmen gehörende Anlagen sind, soweit erforderlich, einmal im Jahr zu schauen.
- (2) Die Verbandsschau wird durch Beauftragte des Verbandes (Schaubeauftragte) durchgeführt.
- (3) Der Verbandsvorsteher bestimmt Zeit und Ort der Verbandsschau. Die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde sowie die Städte und Gemeinden mit Gebietsanteilen am Verbandsgebiet sind mit zweiwöchiger Frist zu laden. Der Verbandsvorsteher kann weitere Personen zulassen.
- (4) Das Ergebnis der Verbandsschau ist in einer Niederschrift festzuhalten. Diese ist vom Verbandsvorsteher und einem Schaubeauftragten zu unterzeichnen und der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu geben.
- (5) Die Verbandsschau kann entfallen, wenn die Aufsichtsbehörde eine Schau der Gewässer durchführt. In diesem Fall sind die Termine für die Schau zwei Wochen vorher durch die Aufsichtsbehörde öffentlich bekanntzumachen. Der Vertreter der Aufsichtsbehörde hält das Ergebnis der Schau in einer Niederschrift fest. Diese gilt auch als Niederschrift der Verbandsschau.
- (6) In Absprache mit der Aufsichtsbehörde veranlasst der Verbandsvorsteher die Beseitigung der festgestellten Mängel.

§ 32 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Die Bekanntmachungen des Verbandes sind unter Angabe der Bezeichnung des Verbandes vom Verbandsvorsteher oder dessen Stellvertreter zu unterzeichnen. Bekanntgemacht wird in ortsüblicher Weise in den Gemeinden, in deren Gebiet zum Verband gehörende Grundstücke liegen.

- (2) Für die Bekanntmachung längerer Urkunden genügt die Bekanntmachung des Ortes, an dem die Urkunden eingesehen werden können.
- (3) Erschwerer, die außerhalb der zum Verband gehörenden Städten und Gemeinden wohnen, können schriftlich informiert werden.

§ 33 Aufsichtsbehörde

Der Verband unterliegt der Rechtsaufsicht durch die Bezirksregierung Münster.

§ 34 Informationsrecht der Aufsichtsbehörde

- (1) Die Aufsichtsbehörde ist auf Verlangen über die Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten. Ihr ist Einblick in die Unterlagen des Verbandes zu gewähren.
- (2) Die Aufsichtsbehörde ist unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen der Verbandsorgane einzuladen. Ihrem Vertreter ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

§ 35 Zustimmung zu Geschäften

- (1) Für die folgenden Geschäfte ist die Zustimmung der Aufsichtsbehörde erforderlich
 1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
 2. zur Aufnahme von Darlehen, die über x € hinausgehen,
 3. zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
 4. zu Rechtsgeschäften mit einem Vorstandsmitglied einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen
- (2) Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem der in Abs. 1 genannten Geschäfte wirtschaftlich gleichkommen.
- (3) Zur Aufnahme von Kassenkrediten genügt die allgemeine Zustimmung mit Begrenzung auf einen Höchstbetrag.
- (4) Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der schriftlichen Anzeige des Verbandes ihre Zustimmung versagt. Die Frist kann in Einzelfällen um einen Monat verlängert werden.

§ 36 Inkrafttreten

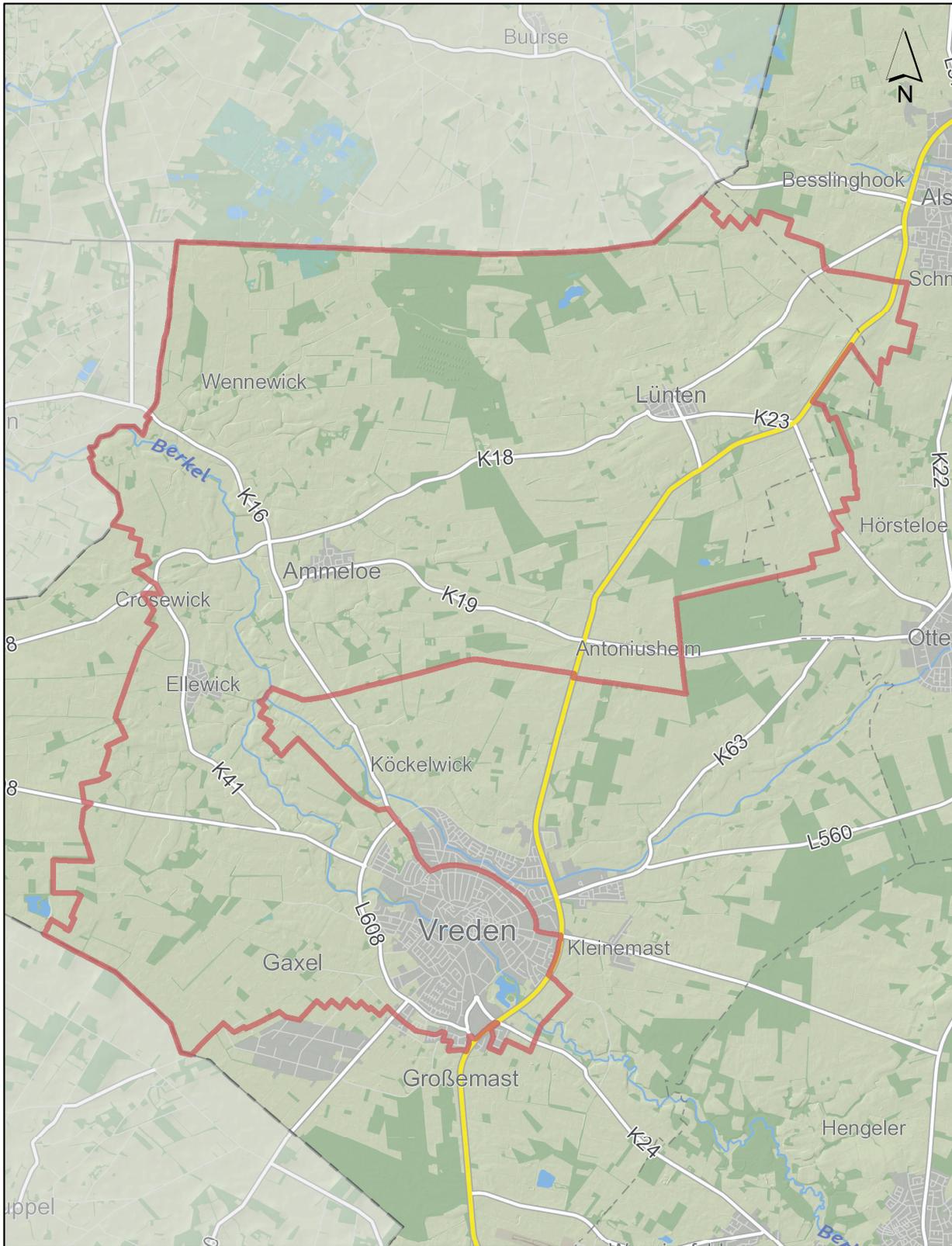
Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 10.03.1997 außer Kraft.

Die vom Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Unteres Berkelgebiet“ in seiner Sitzung am 11. April 2019 beschlossene Satzung wird gemäß § 58 Wasserverbandsgesetz vom 12.02.1991 (BGBl I S 405) in der jeweils geltenden Fassung aufsichtsbehördlich genehmigt und hiermit gemäß §§ 58 und 67 WVG öffentlich bekanntgemacht.

Münster, den 06.05.2022

Bezirksregierung Münster
Obere Verbandsaufsicht
Im Auftrag
Gez. Brackmann

Anlage 1



WEST KREIS MÜNSTERLAND BORKEN

Übersichtskarte Wasser- und Bodenverband Unteres Berkelgebiet

Datum: 14.02.2019

Wasser- und Bodenverbands-grenze

1:70.000

Meter

0 1.300 2.600 3.900

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

85 **Bekanntmachung: Geplante Wasserstoffleitung Dorsten – Marl (DoMa) der Open Grid Europe GmbH**

Die Regionaldirektorin
des Regionalverbands Ruhr
als Regionalplanungsbehörde
15_DoMa_OGE

10.05.2022

Die Open Grid Europe GmbH (OGE) plant gemeinsam mit der Projektpartnerin Nowega GmbH den Neubau einer Wasserstoffleitung von Dorsten nach Marl im Kreis Recklinghausen. Der Startbereich liegt nördlich des Stadtteils Hervest der Stadt Dorsten zur Anbindung an die bestehende OGE Leitung Nr. 013/000/000. Der Zielbereich liegt nördlich außerhalb des Chemieparks Marl.

Aufgrund der Raumbedeutsamkeit des Vorhabens wird gemäß § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 32 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) und § 43 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (LPIG DVO) ein Raumordnungsverfahren durchgeführt. Im Raumordnungsverfahren wird die Raumverträglichkeit des Vorhabens unter überörtlichen Gesichtspunkten geprüft. Es hat zum Ziel, eine „raumordnerische Beurteilung“ zu erarbeiten, die als „Erfordernis der Raumordnung“ im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen ist. Die rechtsverbindliche Festlegung der Trasse erfolgt erst im Planfeststellungsverfahren. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens liegt bei der Regionalplanungsbehörde beim Regionalverband Ruhr (RVR) (vgl. § 32 LPIG NRW).

Zur Vorbereitung des Raumordnungsverfahrens fand am 20.08.2021 ein Scopingtermin statt, bei dem Untersuchungsumfang und -tiefe sowie die vorzulegenden Unterlagen bestimmt wurden. Für das Vorhaben besteht eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, die gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) festgestellt wurde. Die Verfahrensunterlagen setzen sich zusammen aus einem Allgemeinen und technischen Teil, bestehend aus **Erläuterungsbericht** und **kartographischen Darstellungen**, einem Ökologischen Teil, bestehend aus dem **Erläuterungsbericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung mit integrierter Raumwiderstandsanalyse** und einer **FFH-Verträglichkeitsprüfung** sowie einem **Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag**.

Gemäß § 15 Abs. 3 ROG sind die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen und die Öffentlichkeit zu beteiligen. Die Unterlagen des Raumordnungsverfahrens werden in der Zeit vom

30. Mai 2022 bis einschließlich zum 8. Juli 2022

unter folgendem Link auf der Internetseite des RVR veröffentlicht:

**[www.rvr.ruhr/themen/staatliche-regionalplanung/
raumordnungsverfahren](http://www.rvr.ruhr/themen/staatliche-regionalplanung/raumordnungsverfahren)**

Die Verfahrensunterlagen werden zudem an folgenden Stellen und zu folgenden Zeiten zur öffentlichen Einsicht ausgelegt:

Regionalverband Ruhr, Kronprinzenstraße 6, 45128 Essen, Bibliothek, Erdgeschoss, Montag bis Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr und Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr

Der Inhalt der Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen werden auch über das zentrale Internetportal **www.uvp-verbund.de** zugänglich gemacht.

Stellungnahmen können innerhalb der Auslegungsfrist vom 30. Mai 2022 bis einschließlich zum 8. Juli 2022 vorzugsweise per E-Mail an

regionalplanung@rvr.ruhr

oder schriftlich (Regionalverband Ruhr, Regionalplanungsbehörde Referat 15, Postfach 10 32 64, 45032 Essen) oder nach telefonischer Anmeldung (0201/2069-6358) zur Niederschrift bei der auslegenden Behörde eingereicht werden. Sonstige Äußerungen oder Fragen können ebenfalls bei der Regionalplanungsbehörde des RVR eingereicht werden.

Das Raumordnungsverfahren wird mit einer raumordnerischen Beurteilung des Projektes abgeschlossen, die anschließend in den Amtsblättern für die Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster veröffentlicht wird. Eine gesonderte Benachrichtigung erfolgt nicht. Das Ergebnis kann nur im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens gegen die Zulassungsentscheidung überprüft werden (siehe § 15 Abs. 7 ROG).

Es wird darauf hingewiesen, dass zeitgleich ein weiteres Raumordnungsverfahren für eine Wasserstoffleitung von Dorsten nach Duisburg-Hamborn (DoHa) durch die Regionalplanungsbehörde beim RVR durchgeführt wird.

Eventuell entstehende Kosten, die bei der Einsichtnahme und/oder bei der Geltendmachung von Anregungen entstehen, können nicht erstattet werden.

Im Auftrag

gez. Michael Bongartz

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2022 S. 132

86 **Bekanntmachung: Geplante Wasserstoffleitung Dorsten – Duisburg-Hamborn (DoHa) der Open Grid Europe GmbH**

Die Regionaldirektorin
des Regionalverbands Ruhr
als Regionalplanungsbehörde
15_DoHa_OGE

10.05.2022

Die Open Grid Europe GmbH (OGE) plant gemeinsam mit der Projektpartnerin Thyssengas GmbH den Neubau einer Wasserstoffleitung von Dorsten nach Duisburg-Hamborn. Der Startbereich zur Anbindung an die bestehende OGE Leitung 013/000/000 liegt nördlich des Stadtteils Hervest der Stadt Dorsten. Der Zielbereich liegt entlang der bestehenden OGE Leitung Nr. 201/000/000 im Bereich Duisburg-Hamborn.

Aufgrund der Raumbedeutsamkeit des Vorhabens wird gemäß § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 32 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) und § 43 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (LPIG DVO) ein Raumordnungsverfahren durchgeführt. Im Raumordnungsverfahren wird die Raumverträglichkeit des Vorhabens unter überörtlichen Gesichtspunkten geprüft. Es hat zum Ziel, eine „raumordnerische Beurteilung“ zu erarbeiten, die als „Erfordernis der Raumordnung“ im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen ist. Die rechtsverbindliche Festlegung der Trasse erfolgt erst im Planfeststellungsverfahren. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens liegt bei der Regionalplanungsbehörde beim Regionalverband Ruhr (RVR) (vgl. § 32 LPIG NRW).

Zur Vorbereitung des Raumordnungsverfahrens fand am 20.08.2021 ein Scopingtermin statt, bei dem Untersuchungsumfang und -tiefe sowie die vorzulegenden Unterlagen bestimmt wurden. Für das Vorhaben besteht eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, die gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) festgestellt wurde. Die Verfahrensunterlagen setzen sich zusammen aus einem Allgemeinen und technischen Teil, bestehend aus **Erläuterungsbericht** und **kartographischen Darstellungen**, einem Ökologischen Teil, bestehend aus dem **UVP-Bericht mit Raumwiderstandsanalyse im Raumordnungsverfahren** und einer **FFH-Verträglichkeitsprüfung** sowie einem **Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag**.

Gemäß § 15 Abs. 3 ROG sind die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen und die Öffentlichkeit zu beteiligen. Die Unterlagen des Raumordnungsverfahrens werden in der Zeit vom

30. Mai 2022 bis einschließlich zum 8. Juli 2022

unter folgendem Link auf der Internetseite des RVR veröffentlicht:

www.rvr.ruhr/themen/staatliche-regionalplanung/raumordnungsverfahren

Die Verfahrensunterlagen werden zudem an folgenden Stellen und zu folgenden Zeiten zur öffentlichen Einsicht ausgestellt:

Regionalverband Ruhr, Kronprinzenstraße 6, 45128 Essen, Bibliothek, Erdgeschoss (Frau Kronemeyer), Montag bis Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr und Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr

Der Inhalt der Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen werden auch über das zentrale Internetportal **www.uvp-verbund.de** zugänglich gemacht.

Stellungnahmen können innerhalb der Auslegungsfrist vom 30. Mai 2022 bis einschließlich zum 8. Juli 2022 vorzugsweise per E-Mail an

regionalplanung@rvr.ruhr

oder schriftlich (Regionalverband Ruhr, Regionalplanungsbehörde Referat 15, Postfach 10 32 64, 45032 Essen) oder nach telefonischer Anmeldung (0201/2069-6358) zur Niederschrift bei der auslegenden Behörde eingereicht werden. Sonstige Äußerungen oder Fragen können ebenfalls bei der Regionalplanungsbehörde des RVR eingereicht werden.

Das Raumordnungsverfahren wird mit einer raumordnerischen Beurteilung des Projektes abgeschlossen, die anschließend in den Amtsblättern für die Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster veröffentlicht wird. Eine gesonderte Benachrichtigung erfolgt nicht. Das Ergebnis kann nur im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens gegen die Zulassungsentscheidung überprüft werden (siehe § 15 Abs. 7 ROG).

Es wird darauf hingewiesen, dass zeitgleich ein weiteres Raumordnungsverfahren für eine Wasserstoffleitung von Dorsten nach Marl (DoMa) durch die Regionalplanungsbehörde beim RVR durchgeführt wird.

Eventuell entstehende Kosten, die bei der Einsichtnahme und/oder bei der Geltendmachung von Anregungen entstehen, können nicht erstattet werden.

Im Auftrag
gez. Michael Bongartz

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster